

Drogenhandel in Berlin

Mit einer Taskforce will Innensenator Henkel gegen Dealer vorgehen. Seite 9



Bissiger Barde

Dass Wolf Biermann Antikommunist wurde, wen wundert's? Seite 13

Fotos: 123rf/jordano2000 (l.), AFP (r.)

Offenes Finale

In Wien begannen jetzt die finalen Verhandlungen zu Irans Atomprogramm. Das letzte Wort in Teheran hat Ajatollah Chamenei. Seite 2

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Mittwoch, 19. November 2014

69. Jahrgang/Nr. 269 Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Eine Frage der Verantwortung

Roland Etzel zum Terroranschlag in Jerusalem

Das Attentat in der Jerusalemer Synagoge steht beispielhaft für das gegenwärtige, von Gewaltakten und Hassrhetorik geprägte israelisch-palästinensische Verhältnis. Ebenso – und das ist vielleicht noch verstörender für alle im Nahen Osten um Konfliktlösung bemühten Akteure – muss dies in Bezug auf die Reaktionen der politischen Führungen konstatiert werden.

Wenn die Hamas in dem Anschlag auf betende Zivilisten eine »heroische Tat« sieht, lässt sie erkennen, dass ihre Politikfähigkeit nach wie vor weit hinter den Erfordernissen zurückbleibt – zum Schaden vor allem für die Palästinenser. Sie bedient damit, ob gewollt oder nicht, den Scharfmacherflügel der israelischen Regierung, die eigentlich abgewirtschaftet hat, nun aber im nationalistischen Aufwind die Chance neuen Zuspruchs wittert. Deshalb verlangt Polizeiminister Aharonovitch einen erleichterten Waffenzugang für Zivilisten, und Premier Netanjahu denunziert Palästinenserpräsident Abbas als für die Tat »mitverantwortlich«.

Der israelische Geheimdienstchef widerspricht, wie gestern geschehen, seinem Ministerpräsidenten in diesem Punkt ausdrücklich. Damit beantwortet er auch die Frage dieser »Mitverantwortlichkeit«, wenn es sie denn gibt, auf durchaus andere Weise als dieser. Mitverantwortlich, wenngleich nicht im unmittelbaren Sinne, sind viele; nicht zuletzt die Wortführer des Nahostquartetts aus EU, Russland, UNO und USA wegen ihrer anhaltenden Tatenlosigkeit.

UNTEN LINKS

Wer sich Tschuri, den Kometen, genau ansieht, verliert recht schnell alle Illusionen über die technischen Leistungen der Menschheit. Bei Tschurjumow-Gerassimenko handelt es sich offenbar um das fehlende Teil einer der kopflosen Skulpturen, die überall in Italien herumstehen. Tschuri ist längst als Russe identifiziert. Russenkopf auf Römerhumpf, das wäre eine archäologische Sensation. Aber eine politische Katastrophe, Wasser auf die Mühlen aller Putin-Versteher. Man muss nicht lange überlegen, wer das Teil so weit geworfen hat. Wahrscheinlich niemand. Wahrscheinlich schwebt es in einer Küche der ESA an der Decke. Dass es trotzdem solche Mühe machte, darauf eine Sonde zu landen, lässt die westliche Raumfahrttechnik in keinem vorteilhaften Licht erscheinen. So hat die ESA »Philae« mit einem Hämmerchen geschickt, statt nach dem passenden kopflosen Italiener zu suchen. Tschuri soll offenbar zerstört werden, bevor Putin den Kometen zu einem Teil der Krim erklärt. uka

Lagerkoller beim Atommüll

Abfallmengen doppelt so groß wie gedacht / Hunderte Fässer rosten vor sich hin



Fässer bei einer Greenpeace-Aktion in Hannover – die Wirklichkeit der Lagerung von Atommüll ist eher schlimmer.

Foto: dpa/Sebastian Kahmert

Berlin. Nach welchen Kriterien soll eigentlich in Deutschland nach einem geeigneten Endlager für den hoch radioaktiven Müll aus den Atomkraftwerken gesucht werden? Unklar! Was soll aus den hunderten durchrostenden Fässern mit schwach und mittelradioaktivem Müll werden? Unklar! Aber wohin dieser Abfall dereinst gebracht wird, ist doch wenigstens bekannt? Nein, auch das ist jetzt wieder unklar. Zwar soll für schwächer strahlenden Müll ab 2022 das niedersächsische Bergwerk Schacht Konrad als Endlager bereitstehen. Doch es kann nach den bisherigen atomrechtlichen Genehmigungen eine Menge von maxi-

mal 303 000 Kubikmetern aufnehmen. Tatsächlich muss laut Medienberichten eine bis zu doppelt so große Menge untergebracht werden, wie aus dem Entwurf der Bundesregierung für den von der EU geforderten Nationalen Entsorgungsplan hervorgeht.

Ein gutes halbes Jahrhundert nach dem Start des Atomkraft-Abenteuers in Deutschland ist bei der Frage, wo der viele Müll hin soll, wieder alles offen. Angesichts der Zustände im Bergwerk Asse, das mitsamt 126 000 Atommüllfässern abzusaufen droht, und in den Kavernen des AKW Brokdorf, wo Fässer durchrosten und auslaufen, wären rasche Weichen-

stellungen angebracht. Muss Konrad erweitert werden, was die Umweltverbände und Anti-AKW-Initiativen vehement ablehnen, oder muss bundesweit nach einem zweiten Endlager für den weniger strahlenden Müll gesucht werden? Welche Option auch immer – es würde viele, viele Jahre dauern. Das Bundesumweltministerium bleibt jedoch gelassen: Es bezeichnet die genannte Menge als eine Art »Worst-Case-Szenario« und will abwarten, ob Konrad nicht vielleicht doch ausreicht. Man setzt auf die seit Jahrzehnten (nicht) bewährte Strategie: abwarten, dass sich das Atommüllproblem in Luft auflöst. KStE Seite 16

Kiew will nicht mit Separatisten reden

NATO sieht Schuld allein bei Moskau / Platzek für Legalisierung der Angliederung der Krim an Russland

Der Kiewer Regierungschef Jazenjuk hat Russland Verhandlungen auf neutralem Gebiet vorgeschlagen. Moskau fordert dagegen, Kiew solle mit den »Volksrepubliken« verhandeln.

Berlin. Russland hat Forderungen Kiews nach direkten Verhandlungen im Ukraine-Konflikt erneut zurückgewiesen. Die ukrainische Führung müsse nicht mit Russland sprechen, sondern mit den Aufständischen in der Ostukraine, sagte der russische Vize-Außenminister Grigori Karassin am Dienstag in Moskau Agenturen zufolge.

Sein Land sei bereit zu Verhandlungen, an denen auch die Aufständischen beteiligt seien. Der ukrainische Regierungschef Arseni Jazenjuk hatte zuvor Gespräche nach dem sogenannten Genfer Format unter Vermittlung der EU und der USA vorgeschlagen, um den blutigen Konflikt zu beenden.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, der am Dienstag in Kiew eintraf, forderte die Konfliktparteien auf, die Waffenstillstandsvereinbarung einzuhalten. Diese sei zwar »nicht perfekt«, biete aber eine »Berufungsgrundlage«. Steinmeier reiste danach nach Moskau weiter, wo er mit Außenminister Sergej Lawrow sprach. Nach den jüngsten scharfen Anwürfen von Bundeskanzlerin Angela Merkel gegen Russland zeigte sich der Gastgeber zurückhaltend: »Wir schätzen den regelmäßigen Dialog mit Berlin, aber niemand erwartet einen Durchbruch in der Ukraine-Frage«, so Lawrow.

Die NATO warf Russland am Dienstag erneut eine massive Aufrüstung an der Grenze zur Ukraine vor. »Wir sprechen von Truppen, wir sprechen über Ausrüstung, und wir sprechen über Artillerie und sehr moderne Flugabwehrsysteme«, sagte Generalsekretär Jens Stoltenberg in Brüs-

sel. Es handle sich um einen ernstzunehmenden Aufmarsch. Er warf dem Kreml erneut vor, mit Streitkräften auch direkt in der Ostukraine zu operieren. »Wir se-

»Die Annexion der Krim muss nachträglich völkerrechtlich geregelt werden.«

Matthias Platzek

hen, dass Russland die Ukraine weiter destabilisiert.« Stoltenberg erklärte, die NATO werde »sich weiter für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen«. Dabei hob der Generalsekretär des westlichen Verteidigungsbündnisses besonders das Engagement von Merkel hervor.

Eine gänzlich andere Sicht auf die Dinge offerierte der frühere

Brandenburger Ministerpräsident und derzeitige Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums, Matthias Platzek. Er schlug in der »Passauer Neuen Presse« vom Dienstag eine nachträgliche völkerrechtliche Legalisierung von Russlands Inbesitznahme der ukrainischen Halbinsel Krim vor.

Auch die von Separatisten kontrollierten Regionen in der Ostukraine würden wohl nicht zum ukrainischen Staat zurückkehren, vermutet Platzek. Er forderte den Westen auf, gegenüber Russlands Präsident Wladimir Putin nachzugeben und warnte vor einer weiteren Zuspitzung der Lage. »Was käme denn nach Putin, wenn der russische Präsident weg wäre? Sicher kein proeuropäischer Nachfolger, eher ein noch nationalistischerer Präsident.« Der Geschäftsträger der ukrainischen Botschaft in Berlin, Vasyl Khyminets, äußerte sich »irritiert« über Platzeks Äußerungen. dpa/nd

Anschlag auf Synagoge in Jerusalem

Radikale Palästinenserorganisation bekennt sich zur Tat

Jerusalem. Zwei palästinensische Angreifer haben beim ersten Terroranschlag auf eine Jerusalemer Synagoge vier jüdische Betende getötet. Die Täter wurden nach wenigen Minuten von Polizisten erschossen. Die Angreifer aus dem arabischen Ostteil Jerusalems griffen die Betenden am Dienstagmorgen in dem Gotteshaus in Har Nof mit Messern und Äxten an und feuerten Schüsse ab. Drei der Opfer stammten aus den USA und eines aus Großbritannien, wie Polizeisprecher Micky Rosenfeld sagte. Sieben Personen wurden verletzt.

Die Volksfront zur Befreiung Palästinas teilte mit, zwei ihrer Mitglieder hätten den Anschlag verübt. Die Organisation rief alle palästinensischen Fraktionen dazu auf, »gemeinsam Widerstand gegen die Besetzung zu leisten«. Die in Gaza herrschende Palästinenserorganisation Hamas sprach von einer »heroischen Tat«.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu warf Palästinenserpräsident Mahmud Abbas vor, für den Anschlag mitverantwortlich zu sein. Dem hat Israels Geheimdienstchef widersprochen. »Abu Masen (Abbas) ist nicht an Terror interessiert und hetzt nicht zur Gewalt auf, auch nicht unter der Hand, obwohl ein Teil der Öffentlichkeit seine Äußerungen so auslegt«, sagte Joram Cohen, Chef des Inlandsgeheimdienstes Schin Bet. dpa/nd Seite 7

Bahn will parallel verhandeln

EVG und GDL bei Spitzengespräch

Berlin. Vor den Tarifverhandlungen bei der Deutschen Bahn hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hohe Hürden für eine Zusammenarbeit mit der Lokführergewerkschaft GDL aufgestellt. »Es macht keinen Sinn, sich gemeinsam an den Verhandlungstisch zu setzen und von vornherein zu sagen, am Ende kommt was Unterschiedliches raus«, sagte der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner am Dienstag. Die Frage von Streiks machte er vom Angebot der Bahn abhängig.

Die Deutsche Bahn will am Freitag parallel mit der EVG und der GDL verhandeln und am Dienstagabend bei einem Spitzengespräch zwischen den drei Tarifparteien die Weichen dafür stellen. Ursprünglich war für Freitag lediglich die dritte Tarifrunde zwischen Bahn und EVG vorgesehen. Die EVG fordert sechs Prozent mehr Lohn. Die GDL tritt für ein Gehaltsplus von fünf Prozent bei geringerer Arbeitszeit ein. Neben diesen Forderungen geht es auch um den Vertretungsanspruch für verschiedene Berufsgruppen.

In einem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes am Dienstag ließen die Richter zwar offen, in welchen Grenzen Arbeitgeber nach der Gewerkschaftszugehörigkeit fragen dürfen – in einer laufenden Tarifaufeinandersetzung mit Streikandrohung ist es allerdings verboten. Beklagt hatte die GDL wegen einer früheren Auseinandersetzung. nd/AFP Seite 6

Lesen Sie heute im Ratgeber

Urteil des EU-Gerichtshofs: Wenn Strom- und Gasanbieter die Preise erhöhen

Lufthansa-Piloten streiken: Was können Fluggäste tun?

Wo lauern die Tücken bei Lebensversicherungen?

ISSN 0323-3375

